



Promotionsordnung der Fakultät

Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Vom 20. Januar 2012

(Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2012/2012-01.pdf)

geändert durch:

Dritte Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 29. August 2023

(Fundstelle:

<http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/abt-studium/amtliche-veroeffentlichungen/2023/2023-68.pdf>)

Zweite Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 21. August 2014

(Fundstelle:

<http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/www.abt-studium/amtliche-veroeffentlichungen/2014/2014-41.pdf>)

Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 28. September 2012

(Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2012/2012-60.pdf)

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1	Promotion.....	3
§ 2	Ständiger Promotionsausschuss.....	3
§ 3	Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion.....	4
§ 4	Spezielle Voraussetzungen für die Zulassung von Absolventinnen und Absolventen von Diplom-Studiengängen an Fachhochschulen	6
§ 5	Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren	6
§ 6	Zulassung zum Promotionsverfahren	7
§ 7	Promotionskommission	8
§ 8	Kolloquium.....	9
§ 9	Dissertation	10
§ 10	Einreichung der Dissertation	11
§ 11	Beurteilung der Dissertation.....	11
§ 12	Disputation.....	13
§ 13	Feststellung des Promotionsergebnisses	14
§ 14	Veröffentlichung der Dissertation	15
§ 15	Verleihung des Doktorgrades	16
§ 16	Einsichtsrecht.....	16
§ 17	Ehrenpromotion.....	18
§ 18	Ungültigkeit der Promotion und Aberkennung des Doktorgrades	18
§ 19	In-Kraft-Treten	19

Aufgrund des Art. 13 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 6 Absatz 3 und Art. 64 Absatz 1 Satz 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes - BayHSchG - erlässt die Otto-Friedrich-Universität Bamberg folgende

Promotionsordnung:

§ 1 Promotion

- (1) Die Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik verleiht den akademischen Grad des doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.) oder des doctor rerum naturalium (Dr. rer. nat.) an Personen, die durch ein Kolloquium, eine wissenschaftliche Arbeit (Dissertation) und deren Verteidigung (Disputation) die Fähigkeit zur selbständigen Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen auf den Gebieten der Wirtschaftsinformatik oder der Informatik sowie umfassende Fachkenntnisse und wissenschaftliches Urteilsvermögen nachgewiesen haben.
- (2) ¹Der zu verleihende Doktorgrad richtet sich in der Regel nach der Fächergruppe, welcher die Betreuerin bzw. der Betreuer der Dissertation angehört. ²Professorinnen und Professoren, die der Fächergruppe Wirtschaftsinformatik angehören, besitzen das Promotionsrecht zum Dr. rer. pol.; Professorinnen und Professoren, die den Fächergruppen Informatik und Angewandte Informatik angehören, besitzen das Promotionsrecht zum Dr. rer. nat.
- (3) Die Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik kann den akademischen Grad des doctor rerum politicarum honoris causa (Dr. rer. pol. h.c.) oder des doctor rerum naturalium honoris causa (Dr. rer. nat. h.c.) an Personen verleihen, die sich besondere Verdienste um die Wirtschaftsinformatik oder die Informatik erworben haben.

§ 2 Ständiger Promotionsausschuss

- (1) Für die durch diese Promotionsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Ständiger Promotionsausschuss gebildet.
- (2) ¹Der Ständige Promotionsausschuss besteht aus der Dekanin bzw. dem Dekan, der Studiendekanin bzw. dem Studiendekan, drei weiteren Professorinnen und/oder Professoren und zwei promovierten oder habilitierten hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und/oder Mitarbeitern. ²Eine bzw. einer der Professorinnen und Professoren führt den Vorsitz. ³Die bzw. der Vorsitzende, deren bzw. dessen Stellvertreterin bzw. Stellvertreter und die anderen Mitglieder

werden vom Fakultätsrat bzw. vom Gründungsausschuss für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

- (3) Der Ständige Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder mindestens eine Woche vorher schriftlich geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder, darunter mindestens drei Professorinnen und/oder Professoren, anwesend und stimmberechtigt ist.
- (4) ¹Der Ständige Promotionsausschuss beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ²Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag. ³Stimmenthaltungen, geheime Abstimmungen und Stimmrechtsübertragungen sind nicht zulässig. ⁴Bei Beschlüssen, die die Bestellung von Gutachterinnen und Gutachtern sowie Prüferinnen und Prüfern sowie die Bewertung von Prüfungsleistungen betreffen, sind nur die Mitglieder des Ständigen Promotionsausschusses stimmberechtigt, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind.
- (5) ¹Über den Verlauf jeder Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. ²Diese muss Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Personen, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
- (6) Der Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung richtet sich nach Art. 51 Abs. 2 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG).
- (7) Jede Entscheidung ist der bzw. dem Betroffenen unverzüglich schriftlich mitzuteilen, bei Entscheidungen zu Ungunsten der bzw. des Betroffenen unter Angabe von Gründen und mit Rechtsbehelfsbelehrung.

§ 3 Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion

- (1) Zum Promotionsverfahren wird zugelassen, wer sowohl
 1. einen Masterstudiengang der Wirtschaftsinformatik, der Informatik, der Angewandten Informatik oder der Betriebswirtschaftslehre an einer Universität oder Fachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder einen entsprechenden Diplomstudiengang an einer Universität in der Bundesrepublik Deutschland mit der Gesamtnote "gut" oder einer besseren Gesamtnote abgeschlossen hat,
 2. zwei Semester an der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik der Otto-Friedrich-Universität Bamberg studiert hat,
 3. die deutsche Sprache ausreichend beherrscht,
 4. den Grad des Dr. rer. pol., des Dr. rer. nat. oder einen gleichartigen wirtschafts- oder naturwissenschaftlichen Doktorgrad nicht schon von einer anderen Universität verliehen bekommen hat,
 5. ein Promotionsverfahren zum Erwerb des Grades des Dr. rer. pol., des Dr. rer. nat. oder eines gleichartigen wirtschafts- oder naturwissenschaftlichen Dok-

torgrades an einer anderen Universität nicht schon endgültig ohne Erfolg abgeschlossen hat, als auch

6. keine Bedingungen erfüllt, welche die Entziehung des Doktorgrades rechtfertigen würden.

(2) Bewerberinnen und Bewerber, die den Mastergrad oder den Diplomgrad (Univ.) nicht an der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik der Otto-Friedrich-Universität Bamberg erworben haben, müssen die Regelvoraussetzung für die Zulassung zum Promotionsverfahren an der Fakultät erfüllen, an der sie das Abschlussexamen abgelegt haben.

(3) ¹Vom Ständigen Promotionsausschuss kann in Abweichung von den Voraussetzungen nach Absatz 1 Nr. 1 ausnahmsweise zum Promotionsverfahren zugelassen werden, wer

1. in einem Studiengang der Wirtschaftsinformatik, der Informatik oder der Betriebswirtschaftslehre an einer Universität in der Bundesrepublik Deutschland einen anderen akademischen Grad als einen Masterabschluss oder einen Diplomabschluss mit der Gesamtnote "gut" oder einer besseren Gesamtnote erworben hat oder
2. ein Examen, das den in Absatz 1 Nr. 1 oder in Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 genannten gleichwertig und gleichartig ist, an einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule bestanden hat oder
3. ein Examen, das den in Absatz 1 Nr. 1 oder in Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 oder Nr. 2 genannten gleichwertig ist, in einem anderen Studienfach bestanden hat oder
4. ein Examen gemäß Absatz 1 Nr. 1 oder gemäß Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 oder Nr. 2 oder Nr. 3 mit einer schlechteren Gesamtnote als "gut", jedoch nicht schlechter als "befriedigend" bestanden hat.

²In begründeten Fällen kann der Ständige Promotionsausschuss die Bewerberin bzw. den Bewerber auch von den Zulassungsvoraussetzungen gemäß Absatz 1 Nr. 2 oder gemäß Absatz 2 Satz 1 befreien. ³Der Ständige Promotionsausschuss kann die Zulassung von Ausnahmen von der Erbringung zusätzlicher Studien- und Prüfungsleistungen abhängig machen.

(4) ¹Auf schriftlichen Antrag einer Bewerberin bzw. eines Bewerbers stellt der Ständige Promotionsausschuss fest, ob die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 1 erfüllt sind oder ob die Bewerberin bzw. der Bewerber gemäß Absatz 3 zum Promotionsverfahren zugelassen werden kann. ²Gegebenenfalls teilt er der Bewerberin bzw. dem Bewerber mit, welche Voraussetzungen sie bzw. er noch erfüllen müsste, um zugelassen werden zu können. ³Im Antrag soll die Betreuerin bzw. der Betreuer der Dissertation benannt werden. ⁴Die in § 5 Absatz 2 Nr. 1 genannten Unterlagen sind dem Antrag beizufügen.

§ 4 **Spezielle Voraussetzungen für die Zulassung von Absolventinnen und Absolventen von Diplom-Studiengängen an Fachhochschulen**

- (1) Wer den Diplom-Studiengang Wirtschaftsinformatik, Informatik oder Betriebswirtschaft an einer Fachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland mindestens mit der Gesamtnote "gut" abgeschlossen hat, wird zum Promotionsverfahren zugelassen, wenn sie bzw. er die in § 3 Absatz 1 Nrn. 2 bis 6 genannten Voraussetzungen erfüllt und zusätzliche Module gemäß den Absätzen 2 bis 4 erfolgreich abgelegt hat.
- (2) Die zusätzlichen Module sind, sofern der Grad eines Dr. rer. pol. angestrebt wird, aus dem Programm der Masterstudiengänge Wirtschaftsinformatik oder Wirtschaftspädagogik mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik der Otto-Friedrich-Universität Bamberg zu entnehmen. Sofern der Grad eines Dr. rer. nat. angestrebt wird, sind sie aus dem Programm des Masterstudiengangs Angewandte Informatik zu entnehmen.
- (3) Der Umfang der zu absolvierenden Module ist von der berücksichtigungsfähigen Regelstudienzeit des qualifizierenden Diplom-Studiengangs abhängig. Dabei werden für jedes Regelstudienzeitsemester 30 ECTS-Punkte angesetzt. Der Umfang der zu absolvierenden Module beträgt die Differenz zwischen 300 und den aus dem Diplom-Studiengang anrechenbaren ECTS-Punkten, mindestens jedoch 60 ECTS-Punkte.
- (4) Die zusätzlich zu absolvierenden Module müssen insgesamt mindestens mit der Gesamtnote "gut" abgeschlossen werden. Die Gesamtnote wird dabei als das mit ECTS gewichtete arithmetische Mittel der Einzelnoten der Module berechnet.

§ 5 **Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren**

- (1) Die Doktorandin bzw. der Doktorand richtet einen Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren an den Ständigen Promotionsausschuss.
- (2) ¹Dem Antrag sind beizufügen:
 1. Studienbücher und Prüfungszeugnisse,
 2. eine Erklärung, dass die Bedingungen von § 3 Absatz 1 Nrn. 5 und 6 erfüllt sind,
 3. ein Lebenslauf, der insbesondere über den Bildungsgang der Doktorandin bzw. des Doktoranden Aufschluss gibt,
 4. ein amtliches Führungszeugnis, falls die Doktorandin bzw. der Doktorand schon länger als drei Monate exmatrikuliert ist und sich nicht in einem öffentlichen Amt befindet,
 5. die Angabe der Betreuerin bzw. des Betreuers der Dissertation gemäß § 7,

6. eine Betreuungsvereinbarung mit der Betreuerin bzw. dem Betreuer der Dissertation gemäß Absatz 3,
7. die Angabe, welcher Doktorgrad angestrebt wird,
8. die Angabe der gewünschten Fächer für das Kolloquium gemäß § 8 Absatz 3,
9. gemäß § 7 Absatz 2 der Vorschlag einer Promotionskommission,
10. eine Erklärung darüber, welche Form des Kolloquiums gemäß § 8 Absatz 4 die Doktorandin bzw. der Doktorand wählt und
11. gegebenenfalls die Nachweise gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 sowie Nachweise über die Erfüllung von Auflagen gemäß § 3 Absatz 3 Satz 3.

²Kann die Doktorandin bzw. der Doktorand ohne ihr bzw. sein Verschulden die erforderlichen Unterlagen nicht beibringen, so kann ihr bzw. ihm der Ständige Promotionsausschuss auf Antrag gestatten, die entsprechenden Nachweise auf andere Art zu führen.

- (3) Die Betreuungsvereinbarung regelt das Verhältnis zwischen der Doktorandin bzw. dem Doktoranden und der Betreuerin bzw. dem Betreuer der Dissertation. Sie berücksichtigt mindestens folgende Aspekte:
1. Beteiligte des Promotionsverfahrens,
 2. Thema oder Arbeitstitel der Dissertation,
 3. Arbeitsplan der Dissertation,
 4. Aufgaben und Pflichten der Doktorandin bzw. des Doktoranden,
 5. Aufgaben und Pflichten der Betreuerin bzw. des Betreuers sowie
 6. beidseitige Verpflichtung auf die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis.

Falls zutreffend, soll die Betreuungsvereinbarung Regelungen zur Integration der Doktorandin bzw. des Doktoranden in die Arbeitsgruppe der Betreuerin bzw. des Betreuers sowie zur Ausstattung des Arbeitsplatzes der Doktorandin bzw. des Doktoranden enthalten.

§ 6 Zulassung zum Promotionsverfahren

- (1) ¹Über die Zulassung zum Promotionsverfahren entscheidet die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses aufgrund der eingereichten Unterlagen. ²In Zweifelsfällen hat sie bzw. er den Antrag dem Ständigen Promotionsausschuss zur Entscheidung vorzulegen. ³Die Zulassung erfolgt für einen bestimmten Doktorgrad.
- (2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Bewerberin bzw. der Bewerber
1. die Voraussetzungen des § 3 oder § 4 nicht erfüllt oder
 2. die in § 5 Absatz 2 genannten Unterlagen nicht ordnungsgemäß oder nicht vollständig vorgelegt hat.

- (3) ¹Die Doktorandin bzw. der Doktorand kann den Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren zurücknehmen, solange ihr bzw. ihm noch keine Entscheidung über die Dissertation gemäß § 11 Absatz 7 zugegangen ist. ²Ein zurückgenommener Promotionsantrag kann nur einmal erneut gestellt werden.
- (4) ¹Verletzt die Doktorandin bzw. der Doktorand die Promotionsvereinbarung gemäß § 5 Absatz 3 in grober Weise, so entscheidet der Ständige Promotionsausschuss nach Anhörung der Doktorandin bzw. des Doktoranden sowie der Betreuerin bzw. des Betreuers über eine Rücknahme der Zulassung zur Promotion. ²Eine Rücknahme der Zulassung ist nicht möglich, solange das mit dem Bestehen des Kolloquiums gemäß § 8 erworbene Recht zur Einreichung der Dissertation besteht.

§ 7 Promotionskommission

- (1) Die Promotionskommission stellt die Betreuerinnen und Betreuer für das Kolloquium, die Betreuerin bzw. den Betreuer der Dissertation sowie die Disputationsgegner.
- (2) ¹Mit der Zulassung zum Promotionsverfahren bestellt die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses auf Vorschlag der Doktorandin bzw. des Doktoranden und im Benehmen mit den Vorgeschlagenen drei Professorinnen und/oder Professoren zu Mitgliedern der Promotionskommission. ²Ein Anspruch der Doktorandin bzw. des Doktoranden auf Bestellung der Vorgeschlagenen besteht nicht.
- (3) ¹Zu Mitgliedern der Promotionskommission können Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie emeritierte und pensionierte Professorinnen und Professoren der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik und Professorinnen und Professoren anderer Fakultäten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, einer anderen Universität oder einer Fachhochschule bestellt werden. ²Höchstens ein Mitglied der Promotionskommission kann einer anderen Fakultät der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, einer anderen Universität oder einer Fachhochschule angehören. ³Die Mitgliedschaft in der Promotionskommission kann auch nach der Emeritierung oder Pensionierung und nach der Berufung an eine andere Universität bis zum Abschluss des Promotionsverfahrens fortgeführt werden.
- (4) Die Zusammensetzung der Promotionskommission wird der Doktorandin bzw. dem Doktoranden schriftlich mitgeteilt.
- (5) ¹Die Promotionskommission wählt aus ihrer Mitte eine bzw. einen Vorsitzenden, die bzw. der der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik angehören muss. ²Mit Übergabe des Prüfungsprotokolls der Disputation an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Ständigen Promotionsausschusses ist die Promotionskommission aufgelöst.

- (6) ¹Über Veränderungen der Zusammensetzung der Promotionskommission während des Promotionsverfahrens entscheidet der Ständige Promotionsausschuss. ²Wenn die Betreuerin bzw. der Betreuer die Dissertation nicht mehr weiterbetreuen kann, so sorgt der Ständige Promotionsausschuss auf Antrag der Doktorandin bzw. des Doktoranden im Rahmen des Möglichen für eine Weiterbetreuung der Arbeit. ³Kann eine neue Betreuerin bzw. ein neuer Betreuer nicht gefunden werden, so bleibt es der Doktorandin bzw. dem Doktoranden unbenommen, die Arbeit ohne Betreuung fortzusetzen.

§ 8 Kolloquium

- (1) ¹Das Kolloquium dient dem Nachweis von fachlich-inhaltlichen und von forschungsmethodischen Kenntnissen mit thematischem Bezug zur Dissertation. ²Die Kenntnisse können u.a. in Doktorandenseminaren der Mitglieder der Promotionskommission oder im Rahmen eines Graduiertenkollegs erworben werden.
- (2) ¹Die Gegenstände des Kolloquiums werden aus drei Fächern entnommen, die aus zwei verschiedenen Fächergruppen gewählt werden. ²In der Regel ist aus einem dieser Fächer das Thema der Dissertation entnommen.

- (3) ¹Fächergruppen sind:

1. Fächer der Wirtschaftsinformatik (vertreten an der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik, kurz WIAI)
2. Fächer der Angewandten Informatik (vertreten an der Fakultät WIAI)
3. Fächer der Informatik (vertreten an der Fakultät WIAI)
4. Fächer der Betriebswirtschaftslehre (vertreten an der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften)

²Auf Antrag kann ein Fach außerhalb dieser Fächergruppen gewählt werden, das an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg oder einer anderen inländischen oder ausländischen Universität vertreten ist. ³Der Ständige Promotionsausschuss entscheidet in diesem Fall, ob die von der Doktorandin bzw. von dem Doktoranden gewählte Fächerkombination sinngemäß der Forderung von Absatz 2 Satz 1 genügt.

- (4) ¹Das Kolloquium wird im Allgemeinen in Form eines Fachgesprächs mit den Mitgliedern der Promotionskommission durchgeführt. ²Das Fachgespräch umfasst einen Kurzvortrag der Doktorandin bzw. des Doktoranden, an den sich eine Fachdiskussion anschließt; es wird als Kollegialgespräch oder in Form von drei Einzelgesprächen mit den Mitgliedern der Promotionskommission geführt. ³Die Dauer des Kollegialgesprächs beträgt etwa eine Stunde, die Dauer der Einzelgespräche jeweils etwa eine halbe Stunde.
- (5) Entscheidet sich die Doktorandin bzw. der Doktorand für das Kollegialgespräch, so bestimmt die bzw. der Vorsitzende der Promotionskommission im Einver-

nehmen mit den übrigen Kommissionsmitgliedern Ort und Zeitpunkt und lädt die Doktorandin bzw. den Doktoranden.

- (6) ¹Hinsichtlich des Ergebnisses des Kolloquiums wird zwischen bestanden oder nicht bestanden unterschieden. ²Im Falle von Einzelgesprächen müssen diese einzeln positiv testiert sein. ³Sind ein oder mehrere Einzelgespräche negativ testiert, so entscheidet die Promotionskommission über das Ergebnis des Kolloquiums und ggf. die Erfordernis der Wiederholung von Einzelgesprächen.
- (7) ¹Über das Kolloquium ist ein Protokoll zu führen, in das Zeit, Ort, Hauptgegenstände und Form des Kolloquiums sowie das erzielte Ergebnis aufzunehmen sind. ²Das Protokoll ist bei einem Kollegialgespräch von den drei Mitgliedern der Promotionskommission, bei Einzelgesprächen vom jeweiligen Mitglied und einem Schriftführer zu unterzeichnen.
- (8) Das Kolloquium soll so rechtzeitig durchgeführt werden, dass die gemäß Absatz 1 erworbenen Kenntnisse nutzbringend für die Anfertigung der Dissertation eingesetzt werden können.
- (9) ¹Das mit dem Bestehen des Kolloquiums erworbene Recht auf Einreichung der Dissertation verfällt nach fünf Jahren. ²Eine Verlängerung dieser Frist ist in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag möglich.

§ 9 Dissertation

- (1) Die Dissertation soll die Fähigkeit der Doktorandin bzw. des Doktoranden zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten nachweisen und zum Fortschritt der Wissenschaft beitragen.
- (2) Das Thema der Dissertation muss bei Zulassung zum Dr. rer. pol. aus der Fächergruppe 1 gemäß § 8 Absatz 3, bei Zulassung zum Dr. rer. nat. aus den Fächergruppen 2 oder 3 entnommen sein.
- (3) ¹Die Dissertation kann in Form einer Monographie oder als kumulative Dissertation angefertigt werden. ²Bei einer kumulativen Dissertation werden die spezifischen Anforderungen durch die Promotionskommission festgelegt. ³Der Antrag auf Festlegung der Anforderungen kann von der Doktorandin bzw. dem Doktoranden nach der Zulassung zur Promotion gestellt werden.
- (4) ¹Eine kumulative Dissertation umfasst mindestens drei in inhaltlichem Zusammenhang stehende Einzelarbeiten zum Thema der Dissertation. ²Mindestens eine der Arbeiten muss in alleiniger Autorenschaft verfasst sein. ³Die Arbeiten sollen qualitativ hochstehend publiziert oder zur Publikation angenommen sein. ⁴In Ausnahmefällen können auch nicht publizierte Arbeiten eingereicht werden. ⁵Bestandteil der kumulativen Dissertation ist darüber hinaus eine Einführungsschrift, welche die Einzelbeiträge im Thema der Dissertation positioniert und ihren Zusammenhang aufzeigt. ⁶Soweit die kumulative Dissertation Arbeiten mit

mehreren Autoren umfasst, muss der jeweilige Beitrag der Doktorandin bzw. des Doktoranden qualitativ dargelegt sein.

- (5) ¹Die Dissertation soll in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein. ²In Ausnahmefällen kann der Ständige Promotionsausschuss von diesem Erfordernis absehen, wenn sichergestellt ist, dass eine Begutachtung möglich ist. ³In jedem Fall ist eine ausführliche Zusammenfassung in deutscher Sprache beizufügen.

§ 10 Einreichung der Dissertation

- (1) ¹Die Doktorandin bzw. der Doktorand reicht die Dissertation bei der bzw. dem Vorsitzenden des Ständigen Promotionsausschusses ein. ²Die Einreichung setzt den erfolgreichen Abschluss des Kolloquiums voraus. ³Die Arbeit sollte in ihrer Gesamtheit noch nicht publiziert sein.
- (2) Die Einreichung umfasst:
1. drei Exemplare der gedruckten Dissertation und eine elektronische Fassung,
 2. eine Erklärung, dass die Doktorandin bzw. der Doktorand die Dissertation selbständig, das heißt auch ohne die Hilfe einer Promotionsberaterin bzw. eines Promotionsberaters angefertigt, dabei keine anderen Hilfsmittel als die im Quellen- und Literaturverzeichnis genannten benutzt und alle aus Quellen und Literatur wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht hat,
 3. bei einer kumulativen Dissertation, die Arbeiten mit mehreren Autoren umfasst, eine Erklärung gemäß § 9 Absatz 4 Satz 6,
 4. eine Versicherung, dass die Dissertation oder wesentliche Teile derselben nicht bereits einer anderen Prüfungsbehörde zur Erlangung des Doktorgrades vorliegen,
 5. eine Erklärung darüber, ob und in welcher Form die Arbeit oder Teile daraus bereits publiziert sind.
- (3) Wird eine bereits publizierte Arbeit als Dissertation eingereicht, so kann anstelle der gedruckten Exemplare eine entsprechende Anzahl von Belegexemplaren treten.

§ 11 Beurteilung der Dissertation

- (1) ¹Nach der Einreichung werden zur Beurteilung der Dissertation unverzüglich zwei Gutachterinnen bzw. Gutachter bestellt, von denen eine bzw. einer aus dem Kreise der Promotionskommission kommen muss. ²Eine Gutachterin bzw. ein Gutachter muss Mitglied der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik sein ³Die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses

übermittelt den Mitgliedern dieses Ausschusses einen Vorschlag für die Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter. ⁴Falls innerhalb einer von der bzw. dem Vorsitzenden bestimmten Frist ein Mitglied des Ständigen Promotionsausschusses dies beantragt, entscheidet der Ständige Promotionsausschuss über die Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter. ⁵Andernfalls bestellt die bzw. der Vorsitzende die vorgeschlagenen Gutachter.

- (2) Jede Gutachterin bzw. jeder Gutachter gibt in der Regel innerhalb von drei Monaten ein schriftliches Gutachten über die Dissertation ab und schlägt dem Ständigen Promotionsausschuss die Annahme oder Ablehnung der Dissertation sowie ihre Bewertung mit einer der folgenden Noten vor:

0 oder 0.3	(summa cum laude)
0.7 oder 1.0 oder 1.3	(magna cum laude)
1.7 oder 2.0 oder 2.3	(cum laude)
2.7 oder 3.0	(rite)
3.3 oder 3.7 oder 4.0	(insufficienter).

- (3) Der Ständige Promotionsausschuss bestellt eine dritte Gutachterin bzw. einen dritten Gutachter, wenn die Noten der beiden Gutachterinnen und/oder Gutachter um 2.0 oder mehr voneinander abweichen oder wenn eine Gutachterin bzw. ein Gutachter die Annahme, der andere die Ablehnung der Arbeit empfiehlt.

- (4) Kann eine Gutachterin bzw. ein Gutachter aus unvorhergesehenen Gründen das Gutachten nicht erstellen, setzt der Ständige Promotionsausschuss eine andere Gutachterin bzw. einen anderen Gutachter ein.

- (5) ¹Nach Eingang des letzten Gutachtens veranlasst die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses die Auslegung der Dissertation und der Gutachten zur Unterrichtung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik. ²Die Auslegungsdauer beträgt vier Wochen. ³Ort der Auslegung und Auslegungsfristen sind rechtzeitig bekannt zu geben. ⁴Über die Einsichtnahme führt die Fakultät ein Protokoll. ⁵Die Einsichtsberechtigten können innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich zu begründende Einwände erheben. ⁶Wurden schriftlich begründete Einwendungen erhoben, so gibt die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses den Gutachterinnen bzw. Gutachtern Gelegenheit, ihre Gutachten unter Berücksichtigung der erhobenen Einwände zu ändern. ⁷Der Ständige Promotionsausschuss kann in diesen Fällen ferner eine weitere Gutachterin bzw. einen weiteren Gutachter zur Beurteilung der Dissertation bestellen. ⁸Wenn mindestens ein Gutachten gemäß Satz 6 geändert wurde oder das Gutachten der gemäß Satz 7 bestellten weiteren Gutachterin bzw. des gemäß Satz 7 bestellten weiteren Gutachters vorliegt, legt die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses die Dissertation zusammen mit dem Gutachten und den schriftlichen Einwänden nochmals aus. ⁹Für die nochmalige Auslegung gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend; die Erhebung von Einwänden und die Bestellung einer weiteren Gutachterin bzw. eines weiteren Gutachters sind ausgeschlossen.

- (6) ¹Die Dissertation ist angenommen, wenn die Mehrheit der Gutachterinnen und Gutachter die Annahme vorschlägt. ²In diesem Fall ist die Note der Dissertation das nicht gerundete arithmetische Mittel der von den Gutachterinnen und Gutachtern vorgeschlagenen Noten, aber nicht schlechter als 3.0.
- (7) ¹Die Annahme oder die Ablehnung der Dissertation ist der Doktorandin bzw. dem Doktoranden nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß Absatz 5 Satz 2 schriftlich mitzuteilen. ²Gleichzeitig erhält die Doktorandin bzw. der Doktorand Einsicht in die Gutachten zur Dissertation.
- (8) ¹Ist die Dissertation abgelehnt worden, so kann die Doktorandin bzw. der Doktorand eine neue Dissertation vorlegen. ²Eine zweite Wiederholung der Dissertation ist ausgeschlossen.

§ 12 Disputation

- (1) ¹Gegenstand der Disputation ist die Verteidigung der Hauptergebnisse und der Forschungsmethoden der Dissertation. ²Dabei wird geprüft, ob die Doktorandin bzw. der Doktorand ihr bzw. sein Arbeitsgebiet beherrscht, hinreichende Kenntnisse in davon berührten Fachgebieten besitzt sowie aktuelle Entwicklungen auf diesen Gebieten kennt.
- (2) ¹Die Disputation findet in Form eines öffentlichen Prüfungsgesprächs statt. ²Prüferinnen und Prüfer (Disputationsgegnerinnen und Disputationsgegner) sind im Regelfall die drei Mitglieder der Promotionskommission. ³Den Vorsitz führt die bzw. der Vorsitzende der Promotionskommission.
- (3) ¹Die bzw. der Vorsitzende der Promotionskommission bestimmt im Benehmen mit der Doktorandin bzw. dem Doktoranden und den weiteren Mitgliedern der Promotionskommission den Termin der Disputation. ²Die Doktorandin bzw. der Doktorand legt der bzw. dem Vorsitzenden spätestens zwei Wochen vor der Disputation Thesen zu den Hauptergebnissen der Dissertation in schriftlicher Form vor. ³Die Dekanin bzw. der Dekan leitet den Disputationsgegnern sowie den weiteren prüfungsberechtigten Mitgliedern der Fakultät die Thesen zusammen mit der Einladung zur Disputation zu.
- (4) ¹In der Disputation trägt die Doktorandin bzw. der Doktorand etwa 20 Minuten die wesentlichen Ergebnisse ihrer bzw. seiner Dissertation vor. ²Vortrag und anschließendes Prüfungsgespräch sollen etwa 60 Minuten betragen. ³Die Disputation ist öffentlich.
- (5) ¹Über die Disputation ist ein Protokoll zu führen, in das Zeit, Ort und Hauptgegenstände der Disputation aufzunehmen sind. ²Das Protokoll ist von den drei Mitgliedern der Promotionskommission zu unterzeichnen.
- (6) ¹Nach Abschluss der Disputation berät die Promotionskommission nichtöffentlich über das Ergebnis der Disputation. ²Jede Disputationsgegnerin bzw. jeder Disputationsgegner erteilt dabei eine Note entsprechend § 11 Absatz 2. ³Die Note der

Disputation ist das nicht gerundete arithmetische Mittel der von den drei Prüfern erteilten Fachnoten. ⁴Die Disputation ist bestanden, wenn wenigstens zwei der drei Prüferinnen und/oder Prüfer die Disputationsleistung mindestens mit der Note „rite“ bewertet haben und das arithmetische Mittel nicht schlechter als „rite“ ist.

- (7) Die Disputation ist nicht bestanden, wenn der Disputationstermin von der Doktorandin bzw. dem Doktoranden ohne zureichenden Grund nicht eingehalten wurde oder wenn mindestens zwei Prüferinnen und/oder Prüfer die Note "insuffizienter" erteilen.
- (8) Eine nicht bestandene Disputation kann auf Antrag einmal wiederholt werden.
- (9) Wird nach nicht bestandener Disputation kein Antrag auf Wiederholung gestellt oder wird die Disputation ein zweites Mal nicht bestanden, so ist das Promotionsverfahren endgültig ohne Erfolg abgeschlossen.
- (10) ¹Die Disputation soll in der Regel innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Annahme der Dissertation abgeschlossen sein. ²Während der vorlesungsfreien Zeit finden im Allgemeinen keine Disputationen statt. ³Die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses kann aus wichtigem Grund mit Zustimmung der Beteiligten Ausnahmen zulassen. ⁴Doktorandinnen bzw. Doktoranden mit einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung, die mit prüfungsrelevanten Beeinträchtigungen verbunden ist, ist ein Nachteilsausgleich zu gewähren. ⁵Die Art des Nachteilsausgleichs ist in angemessener Weise vom Promotionsausschuss festzulegen, die betroffene Doktorandin bzw. der betroffene Doktorand können Vorschläge unterbreiten. ⁶Nachteilsausgleich gemäß Satz 5 wird nur auf schriftlichen Antrag hin gewährt. ⁷Der Antrag ist spätestens mit dem Einreichen der Dissertation an den zuständigen Promotionsausschuss zu richten; die Behinderung oder chronische Krankheit ist durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft zu machen.

§ 13 Feststellung des Promotionsergebnisses

- (1) Das Promotionsverfahren ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die Dissertation angenommen und die Disputation bestanden ist.
- (2) ¹Die Gesamtnote der Promotion ergibt sich aus der Summe der doppelten Note der Dissertation gemäß § 11 Absatz 6 und der einfachen Note der Disputation gemäß § 12 Absatz 6 geteilt durch drei. ²Diese Noten gehen nicht gerundet in die Mittelwertbildung ein. ³Die Gesamtnote wird auf zwei Stellen geschnitten und lautet bei einem Mittelwert
- | | |
|------------------------|-------------------|
| - - bis 0.50 | „summa cum laude“ |
| - - über 0.50 bis 1.50 | „magna cum laude“ |
| - - über 1.50 bis 2.50 | „cum laude“ |
| - - über 2.50 bis 3.00 | „rite“ |

- (3) ¹Unmittelbar nach Abschluss der Disputation stellen die Mitglieder der Promotionskommission die Gesamtnote der Promotion fest. ²Das Prüfungsprotokoll mit sämtlichen Noten wird sodann der bzw. dem Vorsitzenden des Ständigen Promotionsausschusses übergeben.
- (4) ¹Über das Ergebnis des Promotionsverfahrens erteilt die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses der Doktorandin bzw. dem Doktoranden einen schriftlichen Bescheid, der sämtliche Noten enthält. ²Dieser Bescheid berechtigt nicht zur Führung des Doktorgrades.

§ 14 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) ¹Um die Dissertation in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat die Doktorandin bzw. der Doktorand
1. ihre bzw. seine Dissertation in einem Verlag als Monographie oder in einem Sammelband mit internationaler Standard-Buchnummer oder in einer Zeitschrift mit internationaler Standard-Seriennummer in einer Mindestauflage von 150 zu veröffentlichen und 6 Exemplare dieser Auflage kostenfrei bei der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik abzuliefern oder
 2. sechs Exemplare der Originalfassung in ausgedruckter, gebundener Form auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier sowie eine elektronische Kopie kostenfrei bei der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik abzuliefern.
- ²Eine Buchveröffentlichung gemäß Nummer 1 ist auf der Rückseite des Titelblattes als Dissertation unter Angabe des Dissertationsortes auszuweisen. ³Das Datenformat sowie die Abgabe der elektronischen Kopie gemäß Nummer 2 werden von der Universitätsbibliothek im Benehmen mit dem Ständigen Promotionsausschuss festgelegt. ⁴Bei einer Veröffentlichung gemäß Nummer 2 überträgt die Doktorandin bzw. der Doktorand der Otto-Friedrich-Universität Bamberg das Recht, weitere Kopien der Dissertation herzustellen und zu verbreiten oder die Dissertation in Datennetzen zur Verfügung zu stellen.
- (2) ¹Die Dissertation ist in der von der bzw. dem Vorsitzenden des Ständigen Promotionsausschusses im Einvernehmen mit den Gutachtern genehmigten Fassung zu veröffentlichen. ²Die Druckerlaubnis kann nur davon abhängig gemacht werden, dass in den Gutachten angeregte Änderungen der ursprünglich vorgelegten Fassung vorgenommen werden.
- (3) Bei Veröffentlichung der Dissertation gemäß Absatz 1 Nr. 1 kann die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses im Einvernehmen mit den Gutachtern Abweichungen der Druckfassung von der ursprünglich vorgelegten Fassung auch dann zulassen, wenn sie nicht in den Gutachten angeregt worden sind.

- (4) Die bei der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik kostenfrei einzuliefernden Exemplare der Dissertation müssen der vom Ständigen Promotionsausschuss vorgeschriebenen Form entsprechen.
- (5) ¹Die Verpflichtung gemäß Absatz 1 ist binnen 18 Monaten seit dem Tag der Promotion gemäß § 15 Absatz 2 zu erfüllen. ²In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei einer Veröffentlichung gemäß Absatz 1 Nr. 1, kann die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses diese Frist verlängern.
- (6) Kommt die Doktorandin bzw. der Doktorand ihren bzw. seinen Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 4 nicht innerhalb der Fristen nach Absatz 5 nach, erlöschen alle im Promotionsverfahren erworbenen Rechte.

§ 15 Verleihung des Doktorgrades

- (1) Hat die Doktorandin bzw. der Doktorand die Pflichtexemplare fristgemäß abgeliefert, vollzieht die Dekanin bzw. der Dekan der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik die Promotion durch Aushändigung der Promotionsurkunde.
- (2) ¹Die Promotionsurkunde enthält den verliehenen Doktorgrad, den Titel der Dissertation, die Gesamtnote und den Tag der Promotion. ²Als Tag der Promotion wird der Tag der Disputation eingesetzt. ³Die Promotionsurkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik und von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg unterzeichnet und mit dem Siegel der Otto-Friedrich-Universität Bamberg versehen.
- (3) Vom Zeitpunkt der Aushändigung der Promotionsurkunde an darf die Doktorandin bzw. der Doktorand den verliehenen Doktorgrad führen.
- (4) Ausnahmsweise kann die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses vor Ablieferung der Pflichtexemplare die vorläufige Führung des Doktorgrades gestatten, falls eine besondere Notwendigkeit dafür nachgewiesen und ein Verlagsvertrag, in dem die Veröffentlichung der Dissertation gemäß § 14 Absatz 1 Nr. 2 vereinbart ist, vorgelegt wird.

§ 16 Einsichtsrecht

¹Nach Abschluss des Promotionsverfahrens wird der Doktorandin bzw. dem Doktoranden auf Antrag Einsicht in die Prüfungsprotokolle gewährt. ²Der Antrag ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Bescheides gemäß § 13 Absatz 4 an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Ständigen Promotionsausschusses zu richten. ³Die bzw. der Vorsitzende des Ständigen Promotionsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme. Die Einsichtnahme in die Gutachten ist in § 11 Absatz 7 geregelt.

§ 17 Ehrenpromotion

- (1) Auf begründeten schriftlichen Antrag von drei Hochschullehrerinnen und/oder Hochschullehrern der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik entscheidet der Ständige Promotionsausschuss über die Einleitung eines Ehrenpromotionsverfahrens.
- (2) Der Ständige Promotionsausschuss bestellt mindestens drei Hochschullehrerinnen und/oder Hochschullehrer zur Begutachtung der besonderen Verdienste um die Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik, die sich die zu ehrende Person erworben hat.
- (3) ¹Der Antrag und die Gutachten sind den Mitgliedern des Fakultätsrates zuzuleiten und für alle Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die nicht Mitglieder des Fakultätsrates sind, auszulegen. ²§ 11 Absatz 5 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.
- (4) ¹Der Fakultätsrat entscheidet über die Ehrenpromotion unter Würdigung des Antrages und der Gutachten sowie der gemäß § 11 Absatz 5 Satz 4 vorgelegten Stellungnahmen. ²Für die Beschlussfassung sind zwei Drittel der Stimmen erforderlich und ausreichend, über welche die dem Fakultätsrat bzw. dem Gründungsausschuss angehörenden Professorinnen und Professoren und promovierten Vertreterinnen und Vertreter anderer Mitgliedergruppen zusammen verfügen.
- (5) ¹Die Dekanin bzw. der Dekan vollzieht die Ehrenpromotion durch feierliche Aushändigung einer Urkunde an die geehrte Persönlichkeit. ²Die Verdienste des Promovierten sind in der Urkunde hervorzuheben.

§ 18 Ungültigkeit der Promotion und Aberkennung des Doktorgrades

- (1) Ergibt sich vor Aushändigung der Urkunde, dass sich die Doktorandin bzw. der Doktorand im Promotionsverfahren einer Täuschung schuldig gemacht hat, so erklärt der Ständige Promotionsausschuss alle im Verfahren erworbenen Rechte für ungültig und stellt das Verfahren ein.
- (2) Wird die Täuschung erst nach Aushändigung der Urkunde bekannt, so ist das Promotionsverfahren nachträglich für nicht erfolgreich abgeschlossen zu erklären.
- (3) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion nicht erfüllt, ohne dass die Doktorandin bzw. der Doktorand hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat die Doktorandin bzw. der Doktorand die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Ständige Promotionsausschuss über die erforderlichen Maßnahmen unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze für die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

- (4) Die bzw. der Betroffene muss vor einer Entscheidung nach den Absätzen 1 bis 3 gehört werden.
- (5) Im Übrigen richtet sich die Aberkennung des Doktorgrades nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (6) Bei Aberkennung des Doktorgrades ist die Promotionsurkunde einzuziehen.

§ 19 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Promotionsordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Die Promotionsordnung der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 31. März 2008 (Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2008/2008-69.pdf), geändert durch Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 15. Dezember 2011 (Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2011/2011-61.pdf), tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

§ 20 Übergangsregelung

Doktorandinnen und Doktoranden, die vor Inkrafttreten dieser Ordnung zur Promotion zugelassen wurden, sind von der Verpflichtung gemäß § 5 Absatz 2 Nr. 6 (Betreuungsvereinbarung) befreit.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 20. Juli 2011 und der Universitätsleitung der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 23. November 2011 sowie der Genehmigung gemäß Artikel 13 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 64 Absatz 1 Satz 3 BayHSchG durch den Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 20. Januar 2012.

Bamberg, 20. Januar 2012

Prof. Dr. Dr. habil. G. Ruppert

Präsident

Die Satzung wurde am 20. Januar 2012 in der Universität Bamberg niedergelegt; die Niederlegung wurde am gleichen Tag durch Anschlag in der Hochschule bekannt gemacht. Tag der Bekanntmachung ist daher der 20. Januar 2012.